



AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

PrsG-642.11

Bregenz, am 17.9.1993

An das
Bundesministerium für
Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

ENTWURF	
56	CS
Datum: 22. SEP. 1993	
Verteilt: 24. Sep. 1993	

Auskunft:
Dr. Oberhauser
Tel: (05574)511
DW: 2092

Dr. Bauer

Betrifft: Urheberrechtsgesetz-Novelle 1994;
Entwurf, Stellungnahme
Bezug: Schreiben vom 30. Juli 1993, GZ. 8.113/27-I 4/93

Zum übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Urheberrechtsgesetz geändert wird (Urheberrechtsgesetz-Novelle 1994), wird Stellung genommen wie folgt:

Zu Art. I Z. 8 (§ 42):

Im Abs. 2 ist sicherzustellen, daß auch öffentliche Medienstellen, zu deren Aufgabe die nicht gewerbliche Zurverfügungstellung von Unterrichtsmitteln gehört, Vervielfältigungsstücke für den Verleih an Bildungseinrichtungen unter der Voraussetzung herstellen dürfen, daß diese Medienstelle über die jeweilige Kopierlizenz verfügt oder es sich um Bildungssendungen der Rundfunkanstalten handelt.

Zu Art. I Z. 9 (§ 42b):

Es ist völlig unklar, welche Auswirkungen sich aufgrund der Bestimmungen des Abs. 2 für das Land ergeben. Durch das Wort "und" zwischen den Z. 1 und 2 ist nicht klar, ob die Tatbestandsvoraussetzungen der Z. 1 und 2 kumulativ vorliegen müssen, damit ein Anspruch auf eine angemessene Vergütung entsteht. Es muß jedenfalls sichergestellt sein, daß für das Kopieren von selbsterstellten Unterlagen (Aktenvermerke, Bescheide, Stellungnahmen, Gutachten, Briefe usw.) keine Reprographievergütung vom Land zu leisten ist.

- 2 -

Zu Art. I Z. 15 (§ 56b):

Es sollte aus dem Gesetzestext hervorgehen, daß Bildungssendungen, die von Rundfunkanstalten gesendet werden, nicht unter die Ausnahme des Abs. 2 Z. 2 fallen.

Der § 56b sollte dahingehend ergänzt werden, daß öffentliche Medienstellen, deren Aufgabe es ist, Medien auf dem Verleihweg Schulen für deren lehrplanmäßigen Unterricht zugänglich zu machen, Medien, die sie mit dem Recht eben auf diesen Verleih erworben haben, an Schulen und Bildungseinrichtungen verleihen dürfen. Dies sollte auch für durch solche Medienstellen angefertigte Vervielfältigungsstücke von Bildungssendungen des Rundfunks gelten.

Für die Vorarlberger Landesregierung

Dr. Guntram Lins, Landesrat

a) Alle
Vorarlberger National- und Bundesräte

b) An das
Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n
(25-fach)

im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes vom
24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67

c) Herrn Bundesminister für
Föderalismus und Verwaltungsreform
Jürgen Weiss

Minoritenplatz 3
1014 W i e n

d) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst

1010 W i e n

e) An alle
Ämter der Landesregierungen
zHd. d. Herrn Landesamtsdirektors

f) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung

1014 W i e n

g) An das
Institut für Föderalismusforschung

6020 I n n s b r u c k

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:

Dr. B r a n d t n e r

E.d.R.d.A.
S. 10